



Parlamentsdienste
Services parlementaires

Parlamentsdienste des Grossen Rates
Postgasse 68
Postfach 562
3000 Bern 8
+41 031 633 75 81
www.be.ch/gr

Parlamentsdienste des Grossen Rates

Tätigkeitsbericht 2023

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|-----------|--|----------|
| 1. | Parlamentsdienste | 3 |
| 1.1 | Schwerpunkte | 3 |
| 1.2 | Personelles und Organisatorisches..... | 4 |
| 2. | Beratung Grosse Rat..... | 4 |
| 3. | Kommissionendienst..... | 4 |
| 3.1 | Aufsichtskommissionen | 5 |
| 3.2 | Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen (SAK)..... | 5 |
| 3.3 | Sachbereichskommissionen | 6 |
| 3.3.1 | Bildungskommission (BiK) | 6 |
| 3.3.2 | Gesundheits- und Sozialkommission (GSoK) | 6 |
| 3.3.3 | Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission (BaK) | 7 |
| 3.3.4 | Sicherheitskommission (SiK) | 7 |
| 4. | Rechtsdienst Grosse Rat | 8 |
| 5. | Betrieb | 8 |
| 6. | Weiteres..... | 9 |
| 6.1 | Wahlen ratseigener Organe und Wahlen der Gerichtsbehörden | 9 |
| 6.2 | Weitere Aufgaben | 9 |

1. Parlamentsdienste

1.1 Schwerpunkte

Das Jahr 2023 war das erste Parlamentsjahr nach den Gesamterneuerungswahlen des Grossen Rates vom März 2022 und in diesem Sinne nach dem Legislaturwechsel ein «Normaljahr» für das Parlament und die Parlamentsdienste.

Die Geschäftslast blieb im Berichtsjahr wiederum hoch, und der Grosse Rat musste praktisch die gesamte Sitzungszeit einsetzen, um alle Geschäfte zu beraten und zu beschliessen, was folglich auch die Parlamentsdienste forderte. Damit konnte aber sichergestellt werden, dass per Ende Jahr keine Geschäfte ins neue Jahr übertragen werden mussten, was im Vergleich mit anderen Parlamenten eher die Ausnahme darstellt.

Der Grosse Rat und damit auch die Parlamentsdienste sind je länger, je mehr von gesamtkantonalen Vorgaben und Projekten im ICT-Bereich (Informations- und Kommunikationstechnologie) betroffen. Neben den parlamentseigenen Projekten, namentlich der Einführung der automatisierten Protokollierung in den Sessio- nen (Recapp), kommen Projekte, etwa in den Bereichen Geschäftsablage (GEVER/Ablösung), Internetsi- cherheit und Datenschutz (ISDS), Arbeitsumgebung (Workplace Kantonsverwaltung), Kollaborationsplatt- formen etc. hinzu, die die Parlamentsdienste stark belasten und wesentliche Auswirkungen schlussendlich auch auf den Grossen Rat haben. Zudem muss festgehalten werden, dass vermehrt Aufgaben auf die un- teren Ebenen und damit auch auf die Parlamentsdienste verschoben werden, was entsprechende Res- sourcen und sehr hohe IT-Fachkenntnisse voraussetzt und bindet, die nur bedingt zur Verfügung stehen. Diese Arbeiten laufen zudem jeweils parallel zum Ratsbetrieb und stellen eine wesentliche Zusatzbelas- tung dar, die es kurzfristig neben den eigentlichen Kernaufgaben der Parlamentsdienste zu erledigen gilt.

Ein weiteres wichtiges gesamtkantonales Projekt war das «Business Continuity Management (BCM)», das wiederum viele Ressourcen band. Dabei ging es darum, Massnahmen zu definieren und Vorkehrungen zu treffen, damit die Behörden und die Verwaltung, im vorliegenden Fall der Grosse Rat und die Parlaments- dienste, auch in Krisen durchhaltefähig bleiben. Das Projekt wurde im Nachgang zur Covid-Pandemie ge- startet. Die Analyse konnte abgeschlossen werden; gegenwärtig befindet sich das Projekt in der Umset- zungsphase. Dabei hat es sich gezeigt, dass die Sicherstellung der ICT-Leistungen im Vordergrund steht. Mit der Inkraftsetzung der entsprechenden Artikel per 1. Juni 2022 in der Grossratsgesetzgebung stand der rechtliche Rahmen bereit, um das Parlament in die Lage zu versetzen, auch in Krisen seine Aufgaben wahrzunehmen und durchhaltefähig zu bleiben. Zudem wurde 2023 eine Teilrevision der Verfassung und eine weitere der Grossratsgesetzgebung (Stärkung von Demokratie und Rechtsstaat) angegangen und ab- geschlossen, die es dem Grossen Rat in Krisen ermöglicht, dringliche Gesetze zu erlassen und damit si- cherzustellen, dass er seine Aufgaben auch dann wahrnehmen kann, was letztendlich die Demokratie stärkt und die Legitimation von in Krisen gefassten Beschlüssen erhöht. Die Parlamentsdienste waren hier auf verschiedenen Ebenen stark gefordert und konnten die entsprechenden Gesetzgebungs- und Umset- zungsarbeiten für den Grossen Rat und seine Organe fristgerecht sicherstellen.

Alle diese Herausforderungen und Aufgaben konnten dank dem motivierten Team der Parlamentsdienste im Berichtsjahr umgesetzt werden oder befinden sich in Bearbeitung. Es zeigt sich aber auch, dass die Be- lastung, die durch den ICT-Bereich ausgeht, mit den vorhandenen Ressourcen kaum mehr zu bewältigen ist und es hier künftig Anpassungen bedarf.

1.2 Personelles und Organisatorisches

Die Parlamentsdienste sind in die vier Bereiche Beratung Grosse Rat, Kommissionendienst, Rechtsdienst Grosse Rat und Betrieb gegliedert. 38 Personen teilen sich 21 Vollstellen (30 Frauen und 8 Männer). 25 Personen arbeiten Teilzeit (zwischen 25 und 70 Prozent), die restlichen 13 zwischen 80 und 100 Prozent. Die Parlamentsdienste bilden auch Hochschul-Praktikantinnen und -Praktikanten aus. Dank dem grossen Einsatz des Teams und der befristeten Anstellung einer wissenschaftlichen Mitarbeiterin konnten auch drei Mutterschaftsurlaube aufgefangen werden.

2. Beratung Grosse Rat

Der Bereich Beratung Grosse Rat ist verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung der Sessionen, die Organisation und Durchführung der Präsidiums- und Bürositzungen sowie die Unterstützung und Beratung des Grossratspräsidiums vor, während und nach den Sessionen. Dabei wird eng mit dem Amt für Regierungsunterstützung und politische Rechte sowie dem Amt für Zweisprachigkeit, Gesetzgebung und Ressourcen der Staatskanzlei zusammengearbeitet.

Die Dienstleistungen des Guichets, der zentralen Anlaufstelle für den Grosse Rat, umfassen die Betreuung des Sekretariats, die Erstellung und Publikation der Grossratsbeschlüsse (GRB) und der Beschlussdokumente des Grossen Rates, die Erfassung und Publikation der parlamentarischen Vorstösse in deutscher und französischer Sprache sowie deren Controlling, das Controlling der überwiesenen Planungserklärungen und Auflagen der Kreditgeschäfte sowie das Erfassen und Bearbeiten der Mutationen im Grosse Rat. Das Guichet unterstützt zudem die Leiterin des Bereichs Betrieb bei der Organisation und Durchführung der diversen Auftritte und Veranstaltungen des Grossratspräsidiums und des Büros.

Das vergangene Jahr war durch eine Vielzahl an komplexen Geschäften gekennzeichnet, die eine minutiöse Vorbereitung für die Beratung im Grosse Rat verlangten. Hier war insbesondere die Leiterin Beratung stark gefordert. Der Eingang und die Bearbeitung einer sehr hohen Anzahl an parlamentarischen Vorstössen taten ihr Übriges. Die Sessionen haben mehrheitlich die vollen zwei Wochen in Anspruch genommen.

Das digitale Primat, das seit 2022 auch im Grosse Rat konsequent umgesetzt wurde, brachte für den Bereich Beratung einerseits eine Entlastung. Andererseits hat sich im vergangenen Jahr der erhebliche Aufbereitungs- und Publikationsaufwand der elektronischen Unterlagen bestätigt.

3. Kommissionendienst

Der Kommissionendienst stellt die organisatorische, inhaltliche und administrative Betreuung der acht ständigen parlamentarischen Kommissionen sicher und ist insbesondere für die reibungslose Durchführung der Kommissionssitzungen verantwortlich. Die Kommissionensekretariate arbeiten dazu eng mit den verschiedenen Bereichen der Parlamentsdienste sowie den entsprechenden Direktionen und der Staatskanzlei zusammen.

Nach dem Start in die neue Legislatur 2022 hat sich im Berichtsjahr die Kommissionsarbeit zwischen Sekretariaten, Präsidien und Kommissionsmitgliedern sowie unter den Kommissionen etabliert. Auch 2023 haben die Kommissionen bei verschiedenen Geschäften eng zusammengearbeitet, was aufseiten der Sekretariate viele Absprachen und einen erhöhten Koordinationsaufwand bedeutete. Nach den nationalen Wahlen gab es bedingt durch Abgänge von Grossratsmitgliedern einige Verschiebungen in den Kommissionszusammensetzungen.

Prägend für das Team war die grosse Geschäftslast insbesondere für das Sekretariat der Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission (BaK). Neben den ausserordentlich vielen Geschäften, die vorzubereiten waren, hat die BaK die Erarbeitung eines eigenen Gegenvorschlags zur Solar-Initiative gestartet. Diese grosse zusätzliche Belastung musste neben dem Alltagsgeschäft vom Sekretariat aufgefangen werden. Das bedingte vom ganzen Team die flexible Übernahme von verschiedensten Aufgaben.

Neben der Kommissionsarbeit war das Team zudem stark engagiert in der Konzeptphase eines Informatikprojekts, das die Zusammenarbeit zwischen der Staatskanzlei, den Direktionen und den Kommissionssekretariaten innerhalb des Geschäftsverwaltungssystems des Kantons erleichtern soll und für die Grossrätinnen und Grossräte die Publikation der Sessionsunterlagen im Extranet analog der Kommissionssitzungsunterlagen erlauben wird.

Ausserdem konnte das Projekt digitale Archivierung abgeschlossen werden, sodass die gesamten Parlamentsdienste ihre Unterlagen neu direkt aus dem Geschäftsverwaltungssystem elektronisch archivieren können. In diesem Zusammenhang wurden auch noch die letzten Papierakten der Parlamentsdienste aufgearbeitet und für die Ablieferung ins Staatsarchiv vorbereitet.

3.1 Aufsichtskommissionen

Für die Berichterstattung der Aufsichtskommissionen wird auf die jeweiligen Tätigkeitsberichte verwiesen, die dem Grossen Rat in der Sommersession 2024 zur Kenntnis gebracht werden.

3.2 Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen (SAK)

Die Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen (SAK) hat im Jahr 2023 18 Plenumsitzungen und 9 Ausschusssitzungen abgehalten. Mitglieder der SAK vertreten den Kanton Bern zudem in mehreren interparlamentarischen Gremien. In diesem Rahmen fanden zusätzlich 17 Sitzungen statt.

Die SAK hat sich im Jahr 2023 vertieft mit dem bevorstehenden Kantonswechsel der Einwohnergemeinde Moutier in den Kanton Jura beschäftigt. So hat sie unter anderem den Bericht zum Projekt «Avenir Berne romande» vorberaten, sich im Rahmen der Konsultation zum Moutier-Konkordat vernehmen lassen und die Änderung der Kantonsverfassung infolge des Kantonswechsels vorberaten. Im Jahr 2024 wird diese Thematik die SAK weiterhin beschäftigen. Weitere wichtige Geschäfte der SAK waren etwa die Richtlinien der Regierungspolitik 2023–2026 sowie die Änderung des Gesetzes über Niederlassung und Aufenthalt der Schweizerinnen und Schweizer, welche die digitale Umzugsmeldung kantonsweit einführt.

Im Jahr 2023 hat die SAK zwei Abstimmungserläuterungen mit insgesamt drei Abstimmungsvorlagen erarbeitet und jeweils in öffentlicher Sitzung verabschiedet.

Schliesslich hat die SAK im Sinne der parlamentarischen Oberaufsicht gemäss Art. 39 Abs. 6 Bst. d GO insgesamt fünf Aussenbeziehungsgeschäfte zur Kenntnis genommen, die vom Regierungsrat in alleiniger Zuständigkeit abgeschlossen worden waren.

3.3 Sachbereichskommissionen

3.3.1 Bildungskommission (BiK)

Die Bildungskommission (BiK) hat im Jahr 2023 10 Plenumsitzungen und 26 Ausschusssitzungen durchgeführt. Sie hat sich vertieft mit der Kultur im Kanton Bern auseinandergesetzt und in diesem Zusammenhang auch die Jahresrechnung des Kulturförderungsfonds und den Kredit für den Verein «Association forum culture» vorberaten.

Im Bereich der Hochschulen hat sie die Geschäftsberichte der Universität, der pädagogischen Hochschule und der Fachhochschule behandelt; ausserdem die Jahresberichte der interparlamentarischen Aufsichtskommissionen der Westschweizer Fachhochschule, der französischsprachigen pädagogischen Hochschule, die zusammen mit den Kantonen Jura und Neuenburg betrieben wird, und der Westschweizer Schulvereinbarung. Mitglieder der Kommission sind für den Kanton Bern in den entsprechenden Aufsichtsgremien dieser interkantonalen Schulen vertreten.

Im Volksschulbereich hat sich die BiK mit einem Bericht zu rauchfreien öffentlichen Spielplätzen und Schularealen auseinandergesetzt. Ausserdem hat sie sich im Rahmen einer Retraite vertieft mit den Chancen und Grenzen des integrativen Modells in der Volksschule befasst. Dazu hat sie sich mit verschiedenen Expertinnen und Experten ausgetauscht.

Weitere Themen waren die Schulraumplanung auf Stufe Sek II und die Beiträge des Kantons an die privaten Gymnasien.

3.3.2 Gesundheits- und Sozialkommission (GSoK)

Die Gesundheits- und Sozialkommission (GSoK) hat im Jahr 2023 20 Plenumsitzungen und 15 Ausschusssitzungen abgehalten. Die Kommission blickt auf ein intensives Jahr zurück: Zu Beginn hat die kontrovers diskutierte Opferhilfestrategie einige zusätzliche Abklärungen und Anhörungen erfordert. Danach hat sich die GSoK der Vorberatung der umfangreichen Rahmenkredite zur Abgeltung weiterer Beiträge im Rahmen des Spitalversorgungsgesetzes sowie den sozialen Leistungsangeboten gewidmet. Mit der Verabschiedung des Gesetzes über die Leistungen für Menschen mit Behinderungen (BLG) in zweiter Lesung in der Sommersession 2023 konnte ein wichtiger Meilenstein gesetzt werden. Der damit beschlossene Wechsel von der Objekt- zur Subjektfinanzierung kann damit nun planmässig per Anfang 2024 beginnen.

Ein weiterer Schwerpunkt bildete die Vorberatung der 2. Kostenstrategie Asyl- und Flüchtlingsbereich 2024–2027. Aufgrund zahlreicher Überlappungen von Kommissionsgeschäften haben die GSoK, SiK und GPK beschlossen, gemeinsame Anhörungen zweier regionaler Partner, die mit der operativen Gesamtverantwortung betraut sind, durchzuführen. Dieses Vorgehen hat sich bewährt.

Schliesslich hat sich die Kommission im Herbst im Rahmen einer zweitägigen Retraite intensiv mit den Finanzflüssen im Gesundheitswesen befasst. Dazu wurden Fachreferenten, Vertreterinnen und Vertreter von Leistungserbringern und Krankenkassen sowie die kantonalen Gesundheitsbehörden zu einem Austausch eingeladen. Ziel der Retraite war es, das Verständnis und das Wissen der Mitglieder in Bezug auf die zahlreichen, komplexen Abhängigkeiten im Gesundheitswesen mit Blick auf künftige kantonale und nationale politische Entscheidungen zu vertiefen.

3.3.3 Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission (BaK)

Die Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission (BaK) tagte 2023 an 27 Plenumsitzungen und 10 Ausschusssitzungen. Die BaK hat ein arbeitsintensives Jahr hinter sich. Sie beriet den Bericht zur Biodiversität, die Berichte zum Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) und zur Pflege der Orts- und Landschaftsbilder (OLK) sowie 24 Kreditgeschäfte vor.

Einen Schwerpunkt in der Kommissionsarbeit bildete die Erarbeitung eines Gegenvorschlags zur Solar-Initiative. Dieser basiert auf dem Gegenvorschlag des Regierungsrates, nimmt aber zusätzliche Elemente auf, namentlich im Zusammenhang mit den Entwicklungen auf Bundesebene im Rahmen des sogenannten «Energie-Mantelerlasses».

Ein weiteres wichtiges Geschäft war die Revision des Strassengesetzes, das die BaK für die zweite Lesung in der Sommersession 2023 vorberaten hat. Sie beantragte dem Grossen Rat, eine gemeinsame Nutzung der Mountainbike-Routen und Wanderwege anzustreben. Die sogenannte «Koexistenz» wurde vom Grossen Rat ins Strassengesetz aufgenommen. Weiter beantragte die BaK im Rahmen der Gesetzesrevision, die kommunalen Veloprojekte in den Agglomerationen zu fördern und finanziell zu unterstützen.

Die BaK hat diverse Kreditgeschäfte im Zusammenhang mit dem Projekt «Avenir Berne romande» vorberaten. Nach dem Kantonswechsel von Moutier auf Anfang 2026 muss die dort ansässige kantonale Verwaltung auf bernischem Boden angesiedelt werden. Die Vorberatungen der Kreditgeschäfte für die Unterbringung der verschiedenen Verwaltungseinheiten waren zeit- und arbeitsintensiv, da die Provisorien und der geplante Neubau eines Verwaltungsgebäudes für Justiz und Polizei nicht unumstritten waren.

Schliesslich beantragte die BaK 2023, dem zweiten Zusatzkredit für die Realisierung des Campus für die Berner Fachhochschule in Biel/Bienne zuzustimmen.

3.3.4 Sicherheitskommission (SiK)

Die Sicherheitskommission (SiK) hat 2023 insgesamt 21 Sitzungen und 12 Ausschusssitzungen abgehalten.

Ein Schwerpunkt des Jahres war die Beratung der Teilrevision des Polizeigesetzes, das vom Grossen Rat in der Wintersession verabschiedet wurde. Die Herausforderungen der Digitalisierung für die Polizei waren ebenfalls ein wichtiges Thema. So hat sich die Kommission mit dem Kredit für die Sicherstellung der Notfallkommunikation durch das POLYCOM-Funknetz befasst. Weiter setzte sich die SiK mit dem Jahresbericht der interkantonalen Polizeischule Hitzkirch und mit der Standortplanung der Kantonspolizei nach dem Umzug ins neue Polizeizentrum Bern im Jahr 2028 und nach dem Wechsel von Moutier in den Kanton Jura im Jahr 2026 auseinander.

Die Vorberatung der 2. Kostenstrategie Asyl- und Flüchtlingsbereich 2024–2027 hat die SiK gemeinsam mit der GSoK und der GPK gestartet und sich dann vertieft mit dem Bereich der Nothilfe, die durch die Sicherheitsdirektion sichergestellt wird, auseinandergesetzt.

Im Bereich des Lotteriefonds und des Sportfonds hat die SiK die Jahresberichte der Fonds sowie die Kredite für den Neubau des Tierzentrums Bern und der zweiten Eishockeyhalle Langnau vorberaten.

Im Rahmen einer Retraite hat sich die SiK intensiv mit Fragen zum Justizvollzug beschäftigt. Themen waren unter anderem der Stand der Umsetzung der Justizvollzugsstrategie und die Projekte im Hinblick auf

den Neubau der geplanten Justizvollzugsanstalt und des Regionalgefängnisses in Witzwil. Neben den Anforderungen an die Architektur bei Neu- und Umbauprojekten wurde auch über die Herausforderungen der Sicherstellung unterschiedlichster Vollzugsformen diskutiert.

4. Rechtsdienst Grosser Rat

Die Rechtsberatung umfasste im Berichtsjahr insbesondere Arbeiten für das Büro des Grossen Rates. So unterstützte der Rechtsdienst namentlich den Ausschuss Prüfaufträge Parlamentsrecht (PrüfPar) bei der Ausarbeitung der Vorlage zur Stärkung von Demokratie und Rechtsstaat (Teilrevision Kantonsverfassung und Grossratsgesetzgebung), die vom Grossen Rat in der Herbstsession einstimmig verabschiedet wurde. Desgleichen unterstützte der Rechtsdienst den Ausschuss bei weiteren Arbeiten zur Umsetzung überwiesener Vorstösse.

Die Rechtsberatung umfasste weiter rechtliche Abklärungen für Kommissionen, wie insbesondere für die BaK zu Ablauf und Handlungsmöglichkeiten von Kommission und Grosse Rat bei der Vorberatung und Beratung der Solar-Initiative, zu den Möglichkeiten eines Gegenvorschlags sowie zu gutachterlichen Fragestellungen. Der Rechtsdienst nahm auch zu Belangen der Abstimmungserläuterungen Stellung. Weiter unterstützte er das Büro bei der Beantwortung parlamentseigener Vorstösse und tätigte allgemein die Rechtsberatung für das Präsidium, die Ratsorgane und die Ratsmitglieder in Verfahrens- und Rechtsfragen.

5. Betrieb

Der Bereich Betrieb stellte wie in den vergangenen Jahren die allgemeinen Dienstleistungen sicher, beispielsweise die Einsatzplanung der Redaktorinnen und Redaktoren, die Protokollierung, die Qualitätssicherung bei den Protokollen und die administrative Vor- und Nachbereitung von Kommissionssitzungen. Er ist zudem verantwortlich für das Prozessmanagement. Weiter obliegt ihm die Sicherstellung der Verfügbarkeit des elektronischen Geschäftsverwaltungs-/Sitzungsmanagements und der Grossrats-App sowie deren Bewirtschaftung und Weiterentwicklung. Dazu gehört auch der entsprechende Support der Grossratsmitglieder.

Das Redaktionsteam entwickelte seine Arbeitsweise auch in diesem Jahr unentwegt weiter und konnte so und dank dem Einsatz der automatischen Transkription in den Sessionen die Ausfälle wegen Mutterschaft und Krankheiten ohne zusätzliche Anstellungen bewältigen.

Der Bereich Betrieb ist zudem zuständig für die Organisation und Durchführung von Besuchen und Anlässen des Grossratspräsidiums und des Büros. Anfang Mai empfing das Büro eine Delegation des Sächsischen Landtags für einen viertägigen Besuch in Bern und im Berner Seeland. Weiter wurden verschiedene Tagungen und Anlässe organisiert. Höhepunkt war der Legislaturausflug, der die Grossratsmitglieder nach einer Carfahrt durch den Lötschberg-Basistunnel in den Kanton Wallis, nach Naters ins World Nature Forum, führte.

6. Weiteres

6.1 Wahlen ratseigener Organe und Wahlen der Gerichtsbehörden

Wiederum haben die Parlamentsdienste im Berichtsjahr eine grosse Zahl von Wahlen ratseigener Organe und der Gerichtsbehörden vorbereitet und den Grossen Rat, vorab die Stimmzählenden, bei der Auszählung unterstützt. Dabei konnten Vereinfachungen bei der Produktion der Wahlunterlagen und der Auszählung durch die Stimmzählenden umgesetzt werden, die sich sehr bewährt haben.

6.2 Weitere Aufgaben

Der Grosse Rat, vorab das Büro und das Präsidium, durfte verschiedene Delegationen anderer Kantone und von Partnerparlamenten aus dem Ausland empfangen oder auch besuchen. Die Vorbereitung und Durchführung dieser Anlässe oblag dabei den Parlamentsdiensten. Auch fand zwischen den Parlamentsdiensten des Bundesparlaments, verschiedener Kantone und Städte ein reger fachtechnischer Austausch statt, der sehr wertvoll ist. Es zeigt sich, dass trotz unterschiedlicher Ausgangslage die Herausforderungen überall die gleichen sind und neben demokratiepolitischen Fragen immer auch den Bereich der ICT betreffen. Es lässt sich aber im Quervergleich auch festhalten, dass der Grosse Rat sowohl rechtlich wie auch technisch gut aufgestellt ist. So dürfte er wohl schweizweit das einzige Parlament sein, das sehr rasch seine Gesetzgebung zur Bewältigung von Krisen sachgerecht angepasst hat, keinen Geschäftsüberhang aufweist, mit modernsten Mitteln protokolliert (Recapp), das Ratsgeschehen mittels Live-Stream transparent zugänglich macht und vollständig papierlos arbeitet.